

## ZUSAMMENFASSUNG: FACHKRÄFTEMANGEL UND VERTIEFUNG SOZIALER SPALTUNGEN – HERAUSFORDERUNGEN FÜR DIE BERUFSBILDUNG

Das hier vorgelegte Gutachten betrachtet die Entwicklung des deutschen Berufsbildungssystems konsequent unter bildungspolitischen, nicht allein – wie es der Tradition der Berufsbildungsberichterstattung entspricht – unter arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten. Im Zentrum steht die Kategorie der Bildungsmobilität, die für die individuellen Berufsverläufe wie für die Sicherung der Humanressourcen einer modernen Wirtschaft gleichermaßen von entscheidender Bedeutung ist. Institutionell bedeutet Bildungsmobilität, dass die Grenzen zwischen den unterschiedlichen Bildungsbereichen durchlässig sind, individuell äußert sie sich darin, dass die Jugendlichen die Kompetenzen erwerben, die für eine selbständige Organisation ihrer Bildungsbiografie in der Perspektive lebenslangen Lernens erforderlich sind.

Bezogen auf die erkennbaren Herausforderungen der Zukunft – sektoraler Strukturwandel zur Wissensgesellschaft, Anstieg des Qualifikationsniveaus, verstärkte Internationalisierung der Güter und Arbeitsmärkte sowie Heterogenisierung und Alterung der Gesellschaftsstruktur – lassen sich eine Reihe von Punkten benennen, die die Notwendigkeit von grundlegenden Reformanstrengungen signalisieren:

**1. Verschiebungen in der Ausbildungsstruktur und unbewältigte Übergangsschwierigkeiten:** Innerhalb des letzten Jahrzehnts kommt es zu einer folgenschweren Umwälzung im Berufsbil-

dungssystem: Die duale Ausbildung verliert ihre dominante Position und fällt von 51% auf 43% der Neuzugänge zur beruflichen Bildung, während gleichzeitig das Übergangssystem, in dem Jugendliche keine qualifizierte Berufsbildung, sondern unterschiedliche Maßnahmen der Berufsvorbereitung vermittelt bekommen, auf 40% der Neuzugänge steigt und das (voll qualifizierende) Schulberufssystem bei 17% stagniert. Diese Umschichtung spiegelt die erhöhten Schwierigkeiten im Übergang von den allgemein bildenden Schulen in die Ausbildung und zugleich das Missverhältnis zwischen steigender Nachfrage und sinkendem Angebot an Ausbildungsplätzen wider. Ihr Problem liegt darin, dass ca. eine halbe Million Jugendlicher in Maßnahmen mit wenig beruflichen Perspektiven und hoher Arbeitsmarktunsicherheit aufgefangen wird – mit bedenklichen Folgen für Arbeitsmarkt und Sozialstruktur.

**2. Die doppelt verfehlte Demografie und die Gefährdung des zukünftigen Arbeitskräftebedarfs:** Das Ausbildungsplatzangebot hat im letzten Jahrzehnt die vor allem demografisch bedingt gestiegene Nachfrage nach Ausbildung immer weniger befriedigen können. Insbesondere das betriebliche Ausbildungsplatzangebot erwies sich wegen seiner Konjunkturabhängigkeit und der Kurzfristorientierung seines Planungshorizonts als inflexibel gegenüber der gestiegenen Nachfrage. Die Schere zwischen Angebot und Nachfrage nach Ausbildungsplätzen hat sich im letzten Jahrzehnt deutlich geöffnet.

Aktuell lässt sich bei den industriellen Berufen eine hohe Übereinstimmung zwischen steigender Nachfrage nach Fachkräften und in den letzten beiden Jahrzehnten heruntergefahrenem Ausbildungsangebot konstatieren. Zwischen 2005 und 2006 stieg der Bestand an offenen Stellen in den wichtigsten Metallberufen um 80%, bei den Elektrikberufen um 92%. In diesen Berufsgruppen sanken die Ausbildungsneuverträge seit Mitte der 1980er Jahre um 60 bis 80 Prozentpunkte. Ähnliches gilt für den Baubereich. Das zeigt: Die sich abzeichnende Fachkräftelücke ist hausgemacht, und ohne Gegensteuerung in der Ausbildung droht bei demografisch bedingtem Rückgang des Arbeitskräfteangebots ein ernsthafter Fachkräftemangel.

3. *Gefährdet durch Fachkräftemangel erscheint in besonderer Weise die Innovationskraft der deutschen Wirtschaft in den wissensintensiven Zukunftsbranchen.* Die Rückläufigkeit von Unternehmensgründungen in den Bereichen der Spitzen- und der hochwertigen Technologien im letzten Jahrzehnt um 32% bzw. 35% und das Zurückfallen Deutschlands bei den wissensintensiven unternehmensorientierten Dienstleistungen im gleichen Zeitraum ist zwar nicht allein auf Mängel an hochqualifizierten Fachkräften zurückzuführen. Es hat auch etwas mit den Spezialisierungsmustern der deutschen Wirtschaft zu tun. Die Tatsache aber, dass Deutschland, bezogen auf den Anteil der Personen mit Tertiärabschluss unter den 25- bis 34-Jährigen, mit 24% im untersten Drittel der OECD-Länder liegt, und der erwartbare demografisch bedingte Abschwung der Hochschulberechtigten fordern dringend eine Erhöhung der Studierendenquote. Am wirksamsten scheint dies durch eine stärkere Durchlässigkeit von der Berufsbildung zum Hochschulstudium

erreichbar zu sein. Das Gegenteil ist aber im letzten Jahrzehnt zu beobachten: Die Durchlässigkeit hat abgenommen. Der Anteil der Studienanfänger, die ohne Abitur eine Berufsausbildung absolviert haben und anschließend ein Studium aufgenommen haben, an allen Studienanfängern sank um ein Drittel und fiel auf 14% (2003), nachdem er bis 1993 noch angestiegen war. Die Immobilität des Berufsbildungssystems wurde nicht abgebaut, sondern hat sich verstärkt.

4. *Soziale Schließungstendenzen:* Neben der Gefährdung des Arbeitskräftepotentials liegt das zentrale Problem der Verschiebungen im Berufsbildungssystem in den sozialen Schließungstendenzen, die sich mit ihnen verbinden. Die Verschlechterung der Ausbildungschancen verteilt sich extrem unterschiedlich nach Regionen, vor allem aber nach schulischer Vorbildung. Nicht einmal mehr ein Fünftel der Ausbildungsanfänger ohne und nur noch zwei Fünftel mit Hauptschulabschluss münden ins duale System, die Mehrheit wird jeweils im Übergangssystem aufgefangen. Selbst mehr als ein Viertel der Realschulabsolventen landet (zunächst) im Übergangssystem. Die Größe des Problems dieser Zuweisung wird daran deutlich, dass die Erfolgswahrscheinlichkeiten des Übergangs in eine reguläre Berufsausbildung oder Beschäftigung gering sind und kaum die 40%-Marke überschreiten.

Dramatisch verschlechtert hat sich auch die Situation ausländischer Jugendlicher, deren Anteil an den Auszubildenden im dualen System 2005 auf noch gut 4% gefallen ist und weit unter ihrem Anteil an der gleichaltrigen Bevölkerung liegt.

5. *Das Elend der jungen Männer:* Von der Öffentlichkeit bisher kaum wahrgenommen, hat die geschlechtstypische Ungleichheit in der Berufsbildung eine neue Richtung im Sinne einer starken Benachteiligung der männlichen Jugendlichen angenommen. Die neuen geschlechtstypischen Disparitäten äußern sich darin, dass die im Durchschnitt deutlich schlechteren allgemein bildenden Schulabschlüsse der Jungen (höherer Anteil ohne und mit Hauptschulabschluss, niedrigerer Anteil mit Realschulabschluss und Hochschulreife) den Übergang in eine Berufsbildung unverhältnismäßig stärker erschweren als bei den jungen Frauen: Junge Männer stellen im Jahr 2004 58% der Neuzugänge ins Übergangssystem, die Frauen »nur« 42%. Sie haben im dualen System Anteile eingebüßt, ohne diese mit voll qualifizierenden Ausbildungen im Schulberufssystem kompensieren zu können. Auch bei der Arbeitslosigkeit haben sich die Relationen zwischen den Geschlechtern umgekehrt. Ab der Jahrhundertwende steigt die Arbeitslosenquote der 15- bis unter 25-jährigen Männer stärker als die der Frauen und liegt 2004 mit fast 14% um 4 Prozentpunkte über der der Frauen. Dies heißt nicht, dass die jungen Frauen sich in einer günstigen Ausbildungs- und Arbeitsmarktsituation befinden.

Da sich die neuen geschlechtstypischen Disparitäten mit dem ökonomischen Strukturwandel zur Dienstleistungsökonomie und dem langfristigen Trend in der Bildungsbeteiligung verbinden, wird man von einer relativen stabilen Unsicherheitskonstellation von (vor allem gering qualifizierten) jungen Männern ausgehen müssen. Deren gesellschaftspolitische Brisanz kann man nicht ernst genug nehmen.

6. *Verlust an sozialer Integrationskraft:* Relativ friktionsarme Übergänge von der Allgemeinbildung in die Berufsausbildung und von dort in Beschäftigung galten lange Zeit als die große Stärke des deutschen Ausbildungssystems gegenüber rein schulischen oder marktgesteuerten Systemen. Diese Vorzüge des deutschen Ausbildungssystems haben sich im letzten Jahrzehnt abgeschliffen. Die Übernahmequote nach Ausbildungsabschluss im dualen System ist merklich zurückgegangen. Bei der Jugendarbeitslosigkeit (15- bis unter 25-Jährige) büßt Deutschland seinen früheren Vorsprung gegenüber Ländern wie den USA, Großbritannien, den Niederlanden u.a. ein. Selbst der Vorsprung gegenüber Frankreich und Italien, als Länder mit typisch schulbasierten Ausbildungssystemen, schmilzt. Vor allem ist der verbleibende Vorteil bei der Jugendarbeitslosenquote nicht nachhaltig, da Deutschland nach OECD-Daten bereits bei den Arbeitslosenquoten der 25- bis 29-Jährigen gegenüber vielen Ländern zurückfällt und die der 25- bis 54-Jährigen weit über dem OECD- und EU-15 Durchschnitt liegt.

7. *Geringe Bildungsmobilität:* Misst man die individuelle Bildungsmobilität an der Weiterbildungsteilnahme, dann ist es der Berufsbildung in den letzten 15 Jahren nicht gelungen, die Mobilität der unteren Qualifikationsgruppen zu steigern. Trotz aller öffentlicher Rhetorik zum lebenslangen Lernen ist die Weiterbildungsbeteiligung der Personen mit Berufsausbildung von 24% auf 18%, der ohne Berufsausbildung von 11% auf 7% gefallen.

Diese Signale weisen darauf hin, dass ein erheblicher (berufs-)bildungspolitischer Handlungsbedarf besteht, wenn man drohenden Arbeitskräftemangel und vertiefte soziale Spaltungen

---

vermeiden und die Bildungsmobilität erhöhen will. Die Herausforderung, die die Europäisierung der Berufsbildung mit dem Europäischen Qualifikationsrahmen (EQR) der deutschen Politik stellt, kann genutzt werden, die notwendige Weiterentwicklung voranzutreiben, die Schwächen des Berufsbildungssystems zu verringern, aber seine Stärken zu erhalten. Bedingung dafür ist, die defensive Haltung gegenüber dem EQR aufzugeben und ihn im Rahmen eines eigenen berufsorientierten modularen Ausbildungskonzepts fruchtbar zu

machen. Dies wäre die Voraussetzung dafür, sowohl im Übergangssystem erworbene Qualifikationen in der Berufsbildung als auch in der Berufsbildung erworbene Kompetenzen in der Hochschulbildung anerkennungsfähig zu machen. Davon lässt sich ebenso eine Erhöhung der institutionellen Durchlässigkeit wie der individuellen Bildungsmobilität erwarten.